

Aufruf

zur 4. gemeinsamen Demonstration der SBB und zum 8. Potsdamer Ostermarsch

am 04.04.2009 in Potsdam

Start: 14 Uhr, Luisenplatz am Potsdamer Brandenburger Tor

Gemeinsam für Frieden und soziale Sicherheit – gegen Armut, Hunger und Krieg!

Am 4. April feiert sich die NATO zum 60. Jahrestag ihrer Gründung und setzt die Politik militärischer Interventionen fort. Wir meinen: 60 Jahre NATO sind genug!

Seit der Unterstützung der selbstmandatierten Nato-Intervention in Jugoslawien vor 10 Jahren befindet sich Deutschland im permanenten Kriegszustand. Gegenwärtig ist die Bundesrepublik an elf Kriegseinsätzen im Ausland beteiligt. Tendenz: steigend. Unter Bruch des Völkerrechts wird militärische Gewalt als Mittel der neokolonialen Machterweiterung eingesetzt.

Rücksichtslos wird geostrategisch um den Zugang zu Rohstoffen gekämpft und dies als Krieg gegen Terrorismus deklariert. Verschleiert werden auch die Ursachen für die Gegenwehr in den angegriffenen Ländern: Widerstand gegen Neoliberalismus und neokoloniale Ausbeutung wird als Terrorismus dargestellt, dem nur mit weiterer Gewalt begegnet werden kann. Für Militäreinsätze und Rüstung werden so immer mehr Milliarden ausgegeben, während sie für die notwendigen sozialen Aufgaben fehlen. Kriegspolitik und die aktuelle Wirtschafts- und Finanzkrise verschärfen den durch die neoliberale Wirtschaftspolitik herbeigeführten Sozialabbau im Innern.

Die maßlose Gier der Kapitaleigner aus Wirtschaft und privaten Bankensektor auf Höchstrenditen und Maximalprofite hat zum massivsten Sozialabbau in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland und in die derzeitige Krise geführt.

Die soziale Spaltung unserer Gesellschaft schreitet immer weiter voran. Die reichsten zehn Prozent verfügen über zwei Drittel, knapp siebzig Prozent der Menschen in diesem Land nur über zehn Prozent des Volksvermögens. Mehr als ein Viertel der Bevölkerung (27 Prozent) besitzt gar kein Privatvermögen oder ist sogar verschuldet. Bereits 1,3 Millionen Beschäftigte sind davon abhängig, dass ihr Einkommen durch Hartz-IV aufgestockt wird. Prekäre Arbeitsverhältnisse werden in Zukunft zu noch mehr Altersarmut führen und die Armut im Kindesalter nimmt rapide zu. Ursachen sowohl der zunehmenden Armut wie auch der aktuellen Krise des kapitalistischen Wirtschafts- und Finanzsystems sind nicht Managementfehler der Banken, sondern die Umverteilungspolitik zugunsten der Reichen und Kapitalbesitzer.

Nicht einsam – gemeinsam gegen den Sozialabbau! Wir bezahlen eure Krise nicht!

Wir wollen nicht länger zuschauen, wie erneut Politik zu unseren Lasten betrieben wird. Wir wollen uns dagegen wehren, dass die Krisenlasten erneut auf die Masse der Bevölkerung abgewälzt werden. Wir wollen, dass die Verursacher der Krise und Profiteure der vergangenen Jahre zur Kasse gebeten werden und nicht die Beschäftigten, Erwerbslosen, Rentner/innen, Schüler und Studenten. Deshalb stehen wir hinter dem Aufruf zur globalen Aktionswoche vom 28. 3. – 4. 4. 2009, gegen Sozialabbau, Krise und Krieg, beginnend mit der bundesweiten Demonstration „Wir zahlen nicht für eure Krise!“ am 28. März in Berlin und Frankfurt/Main.

Als Folge des propagierten "Kriegs gegen den Terror" werden demokratische Rechte abgebaut und soll die Bundeswehr im Innern eingesetzt werden.

Unter dem Deckmantel von „Antiterrormaßnahmen“ wird der Abbau demokratischer Grundrechte systematisch vorangetrieben. Die Unschuldsvermutung galt bisher als unverzichtbarer Bestandteil des Rechtsstaats, nun wird jede Bürgerin, jeder Bürger für den Staat prinzipiell zum Verdächtigen.

Zu den grundgesetzwidrigen Maßnahmen gehören vor allem: Videoüberwachung des öffentlichen und privaten Raumes, "Lauschangriffe" auf Wohnungen, Überwachung und Vorratsspeicherung der Daten von Telefongesprächen und elektronischer Kommunikation, Einführung biometrischer Passdaten etc. Mit der Einführung der bundesamtlichen Steuernummer ab Geburt, die als neue Personenkennziffer eine Abgleichung der Meldedaten aller Bürgerinnen und Bürger ermöglicht, wird die Bundesrepublik Deutschland zum Überwachungsstaat. Der "gläserne Bürger" wird Realität.

Die hemmungslose kapitalistische Wirtschafts- und Finanzpolitik wird rücksichtslos durchgesetzt: mit völkerrechtswidriger Kriegspolitik nach außen, dem Abbau demokratischer Rechte und sozialer Errungenschaften im Innern und dem ökologischen Raubbau weltweit. Dies bedroht nicht nur unser Land, sondern den ganzen Planeten.

Deshalb fordern wir von der Bundesregierung:

- Rückzug der Bundeswehr aus Afghanistan und anderen besetzten bzw. Krisengebieten. Schluss mit den weltweiten Bundeswehreinsätzen.
- BRD raus aus der NATO! NATO auflösen!
- Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland.
- Kein Einsatz der Bundeswehr im Innern. Demokratieabbau und die Entwicklung zum autoritären Überwachungsstaat stoppen.
- Abrüstung statt Sozialabbau. Menschenwürdige Lebensverhältnisse bei uns und überall.

Die Kernforderungen der Sozialen Bewegung Land Brandenburg zur Verhinderung von Armut, Ausgrenzung und menschenunwürdiger Arbeitsverhältnisse:

- Weg mit Hartz IV und Agenda 2010
- Einführung eines existenzsichernden gesetzlichen Mindestlohnes von 10 Euro
- Einführung der 30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich zur Schaffung von Arbeitsplätzen. Und damit die Eltern wieder Zeit für ihre Kinder haben.
- 500 Euro Regelsatz (repressionsfrei) + Kosten der Unterkunft, als dringende Sofortmaßnahme auf dem Weg zu einem gerechten Grundeinkommen.
- Ersatz der 1-Euro-Jobs durch sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse
- Gegen Rentenkürzung und Zwangsverrentung. Rente mit 60!

Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt!

Soziale Bewegung Land Brandenburg (SBB)

www.soziale-bewegung-land-brandenburg.de



Friedenskoordination Potsdam

www.friedenskoordination-potsdam.de



Ausrichtende Initiative: **Aktionsbündnis Potsdam gegen Hartz IV**